

Stand: 02.05.2026 12:11:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/562

"Gewalt gegen Polizeibeamte bei den Ausschreitungen in Hamburg am 21. Dezember 2013"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/562 vom 04.02.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 05.02.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1015 des KI vom 18.03.2014
4. Beschluss des Plenums 17/1485 vom 03.04.2014
5. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 03.04.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Manfred Ländner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Gewalt gegen Polizeibeamte bei den Ausschreitungen in Hamburg am 21. Dezember 2013

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über den Einsatz bayerischer Bereitschaftspolizisten am 21. Dezember 2013 in Hamburg zu berichten. Insbesondere sollen der Einsatzablauf, die Angriffe auf bayerische Polizeibeamte, die daraus resultierenden Verletzungen und die Konsequenzen, die die Staatsregierung aus dem Einsatz zieht, dargestellt werden.

Begründung:

Nach einer Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 22. Dezember 2013 wurden bei den schweren Ausschreitungen anlässlich der Demonstration zum Erhalt des linken Kulturzentrums „Rote Flora“ in Hamburg am 21. Dezember 2013 mindestens 120 Polizisten verletzt, davon 59 aus Bayern. Drei Beamte wurden so schwer verletzt, dass sie vorübergehend nicht mehr dienstfähig waren. Damit hat die in den letzten Jahren zunehmende Gewalt gegen Polizisten einen traurigen Höhepunkt erreicht.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über die beiden Dringlichkeitsanträge in Sachen Abschiebung nach Afghanistan. Die Anträge werden getrennt. Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN betreffend "Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan!" auf der Drucksache 17/557. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.33 bis 17.38 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird wieder außerhalb des Saales ermittelt.

Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/576 betreffend "Abschiebungen nach Afghanistan einstweilen aussetzen!" der Fraktion FREIE WÄHLER. Hierfür sind die Urnen bereitgestellt. Für die Abstimmung haben Sie drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.38 bis 17.41 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird ebenfalls außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen später mitgeteilt. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/558, 17/562 bis 17/564 sowie 17/577 bis 17/579 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt bis auf die Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse vorerst erledigt.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung **Tagesordnungspunkt 5** und die **Listennummer 4** der Anlage zur Tagesordnung auf:

Dringlichkeitsantrag Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kurswechsel in der Flüchtlings- und Asylpolitik umsetzen (Drs. 17/46)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Endlich handeln! - Situation von Asylsuchenden in Bayern verbessern (Drs. 17/49)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag datiert vom 30. Oktober 2013 und beinhaltet die Forderung, einen Kurswechsel in der Flüchtlings- und Asylpolitik umzusetzen. Wir befinden uns in der guten Situation, dass zumindest von der Staatsregierung ein Kurswechsel in der Asylpolitik angekündigt wird. Allerdings haben die Betroffenen vor Ort davon leider noch nichts gemerkt. Unser großes Anliegen besteht darin, dass schneller etwas geschehen muss, um die materielle Lage der Asylbewerber zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, einen Augenblick, bitte. Können wir bitte noch eine Stunde lang alle Gruppengespräche nach draußen verlegen? Das Gemurmel dringt bis hier vorne durch und stört beim Zuhören. Bitte verlegen Sie die Gruppengespräche nach draußen. - Vielen Dank.

Christine Kamm (GRÜNE): Der erste Punkt betrifft die Aufhebung der Residenzpflicht. Nach wie vor haben Asylbewerber beispielsweise bei der Arbeitsaufnahme oder bei Sprachkursen Schwierigkeiten, die Bezirksgrenzen zu überschreiten. Dieser Forderung könnte man schnell entsprechen.

Die zweite Forderung betrifft die Abschaffung der Essenspakete. Die Verträge sind zwar gekündigt worden, aber für viele Asylbewerber hat sich die Lage fast verschlimmbessert. Sie bekommen jetzt keine Essenspakete mehr, sondern werden durch Catering versorgt. Dieser Zustand ist möglicherweise auf die Dauer noch schlechter zu ertragen als die Versorgung durch Essenspakete. Wir müssen von dieser Zentralversorgung wegkommen. Dafür ist bei den zuständigen Personen in den Landkreisen und Bezirken noch viel Arbeit zu leisten.

Der nächsten Forderung nach der Aufhebung der Lagerpflicht müssen wir bald entsprechen. Wir müssen endlich anfangen, die dezentrale Unterbringung so schnell wie möglich voranzubringen. Die Gemeinschaftsunterkünfte sind nicht geeignet, für einen längeren Zeitraum dem Wohnen zu dienen. Sie müssen sich das einmal vorstellen: Eine Familie wohnt in einem etwa 16 Quadratmeter großen Raum. Auf der



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)**
Drs. 17/562

**Gewalt gegen Polizeibeamte bei den Ausschreitungen in Ham-
burg am 21. Dezember 2013**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Manfred Ländner**
Mitberichterstatter: **Jürgen Mistol**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 6. Sitzung am 12. Februar 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 9. Sitzung am 18. März 2014 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Manfred Ländner, Norbert Dunkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/562, 17/1015

Gewalt gegen Polizeibeamte bei den Ausschreitungen in Hamburg am 21. Dezember 2013

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über den Einsatz bayerischer Bereitschaftspolizisten am 21. Dezember 2013 in Hamburg zu berichten.

Insbesondere sollen der Einsatzablauf, die Angriffe auf bayerische Polizeibeamte, die daraus resultierenden Verletzungen und die Konsequenzen, die die Staatsregierung aus dem Einsatz zieht, dargestellt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Christine Kamm

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir machen jetzt Mittagspause. Es geht um 13.30 Uhr weiter. Guten Appetit!

(Unterbrechung von 12.54 bis 13.33 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mittagspause ist beendet. Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Wir haben vor der Mittagspause eine persönliche Erklärung zur Regierungserklärung, Tagesordnungspunkt 2 dieser Sitzung, von Herrn Bocklet gehört. Zum Hintergrund: Wir waren uns im Präsidium nicht ganz im Klaren, ob es nach Geschäftsordnung zulässig war, diese erst nach weiteren Tagesordnungspunkten zuzulassen. Da ist die Geschäftsordnung nicht eindeutig. Es ist aber Tatsache, dass sich im Anschluss an die persönliche Erklärung, unmittelbar vor der Mittagspause, als die meisten schon

den Saal verlassen hatten, Frau Christine Kamm sich zu einer Gegenrede zu dieser persönlichen Erklärung gemeldet hat, die nach unserer Geschäftsordnung zulässig ist. Da wir die persönliche Erklärung zugelassen haben, lasse ich auch diese Gegenrede zu. Ich teile Ihnen noch mit, dass wir diese Unklarheit der Geschäftsordnung demnächst der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Verdeutlichung und Klärung vorlegen werden.

Bitte schön, Frau Kamm. Sie haben fünf Minuten.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bocklet hat vor der Mittagspause erklärt, dass er sich beleidigt gefühlt habe durch meine Bemerkung, dass er in Brüssel gesagt habe, dass man Worte bayerischer Vertreter nicht so ernst nehmen solle; es würde sich eher um Folklore handeln; in Wirklichkeit seien die Bayern ja europafreundlich.

Die Situation, in der er dies geäußert hatte, war der Besuch unseres Europaausschusses in Brüssel. Da gab es freundlicherweise für den Europaausschuss und für geladene Gäste einen Abend in der Bayerischen Vertretung am 10. März. Nachdem die Frau Ministerin eine kurze Ansprache gehalten hatte, hat sich Landtagsvizepräsident Bocklet kurz geäußert und in diesem Zusammenhang ein vermittelndes Wort gesucht. Dieses vermittelnde Wort zielte eben darauf ab, dass die harschen Töne aus Bayern nicht so ernst gemeint seien, sondern es sich um folkloristische Gebräuche handeln würde.

Ich habe das hier gesagt, weil ich zeigen wollte, wie janusköpfig oft das Auftreten der Staatsregierung und der CSU in Europa ist. Auf der einen Seite möchte man natürlich gerne große Europäer sein, auf der anderen Seite hört man oft sehr harsche Worte aus München. Herr Bocklet wollte offenbar gegenüber dem Publikum vermitteln und eine etwas freundliche Stimmung schaffen. Es war doch eigentlich ganz nett gemeint. Ich habe diese Bemerkung meinerseits nicht als Beleidigung von Herrn Bocklet gesehen. Ich würde mir eigentlich wünschen, dass er weiterhin vermittelnd auftritt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kamm. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt jetzt endgültig abgeschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bestattungsgesetzes – Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Ermöglichung des Erlasses gemeindlicher Friedhofssatzungen bzw. Friedhofsordnungen für ein Verwendungsverbot für Grabmale aus ausbeuterischer Kinderarbeit", Drucksache 17/94, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 99, keine Stimmenthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Schuster, Prof. Dr. Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes – Verdoppelung der Ballungsraumzulage", Drucksache 17/323, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 67, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf auch abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun kann ich die Dringlichkeitsanträge aufrufen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
 Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei in Bayern
 Drs. 17/429, 17/1017 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
 Demografie der Bayerischen Polizei
 Drs. 17/430, 17/1016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“
 Drs. 17/440, 17/1067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Amerikahaus in bewährter Form für die Bürger erhalten – keine Sicherheitskonferenz in den Räumen des Amerikahauses zulassen
Drs. 17/504, 17/1104 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Gewalt gegen Polizeibeamte bei den Ausschreitungen in Hamburg
am 21. Dezember 2013
Drs. 17/562, 17/1015 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge
und demokratischer Signale machen!
Drs. 17/563, 17/1030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
-----	-----	--------------	-----

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Friedliche und faire Olympische Winterspiele
Drs. 17/578, 17/1029 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU**SPD****FREIE WÄHLER****GRÜ**

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum Zustimmung der Abstimmung zugrunde zu legen.

8. Antrag der Abgeordneten Hermann Imhof, Bernhard Seidenath, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Änderung des Bestattungsgesetzes;
Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Verwendungsverbot
von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit
Drs. 17/580, 17/1204 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU**SPD****FREIE WÄHLER****GRÜ**

9. Antrag der Abgeordneten Ingrid Heckner, Joachim Unterländer, Karl Freller u.a. CSU
Ausweitung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für öffentlich Bedienstete
Drs. 17/626, 17/1048 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU**SPD****FREIE WÄHLER****GRÜ**

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. FREIE WÄHLER, Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Teilnahme des Freistaats Bayern am „Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“
Drs. 17/1052 17/1358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

